

Zeitung

Dierndorf'schster Jahrgang.

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Abnahme 6.00 Mark, vierteljährlich
16.00 Mark, jährlich 32.00 Mark.
Ausland, Zusendungsgeld, Be-
stellungen werden an allen Reichs-
poststellen angenommen. Im
amtlich, Zeitungsbereitschaft unter
Sonder-Belag eingetragene. Für
erlangte eingekaufene Monu-
mente wird keine Gewähr über-
nommen. Redaktion nur mit der
Zeitungsgasse, Halle-Verlagsges.
GmbH, Postfach 17149, Nr. 1418
u. 1411, der Bezugs-Abtg., Nr. 1133.

Anzeigenpreise:

Die 8 gerollene 34 mm breite Milliv
meter teils über deren Raum 50 Pf.,
sonst 100 Pf. pro Zeile. 40 Pf. pro
Zeile. 20 mm breite Millimeterzeile
2.00 Mark. Anzeigen nahen an
unser Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigen in Halle. Erklärungsart:
6.00 Mark, 1.00 Mark, 2.00 Mark,
Sonntags und Feiertags 1 mal.
Schließung und Sonntags-
Schließung: Halle, Neue Drom-
straße 10, 12. Straßhausstr. 17.
Halle, Geschäftsstelle: Halle,
Ulrichstr. 52 und Markt 24.
Deutscher-Rent Leipzig Nr. 4000.

Nr. 163.

Halle, Donnerstag, den 8. April 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Bluttaten der Schwarzen Besatzungs- truppen.

Frankfurt a. M., 7. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die Aufregung in der Stadt hat stark zugenommen. Bereits vormittags fanden lebhafte Zusammenkünfte zwischen Besatzungstruppen und Zivilisten statt, so vor allem vor dem Hauptpostamt, das durch französische Truppen vollständig besetzt ist. Um 2 Uhr mittags kam es zu einem blutigen Zwischenfall an der Hauptmauer. Die farbigen Truppen, die sich durch Gewalt und Geheiß der angekommenen Menge mehr und mehr gereizt fühlten, feuerten schließlich auf einen Mann, der sich in der Menge befand. Er wurde tödlich verwundet und blieb an dem Platze. Die schwarzen Truppen sagten dann nach Worten ab, besetzten den den Besatzungstruppen und Drohungen der äußerst aufgeregten Menge, die von den einheimischen Schutzleuten nach Möglich-
keit beschützt wurde. Während dieser Verwirre überließ ein Schwadron von französischen Infanteristen die Stadt. Der Grund zu der Vergewaltigung liegt insbesondere in der Tatsache, daß die Franzosen zur Besetzung der Stadt in der Haupt-
sache farbige Truppen verwendet haben.

Nächere Einzelheiten über die Bluttat in Frankfurt a. M., 7. April. (Eigene Drahtnachricht.) In Frankfurt waren heute Gerüchte verbreitet, daß die Franzosen heute abend die Stadt wieder verlassen würden. Der Besatzung hatte sich im Laufe des Tages eine Anzahl von Verletzungen bemerkt, die insbesondere durch das Verhalten farbiger Truppen verursacht wurde. In der ersten Nachmittagshälfte sammelten sich auf dem Platz vor der Hauptmauer, die mit französischen Soldaten besetzt war, große Menschenmengen an. Es erhoben sich Schreie und Schimpfereien gegen die Franzosen. Ein herbeikommandierter französischer Offizier gab der Menge den Befehl zu weichen, worauf die Franzosen nicht in die Menge zurücktraten. Es wurden Schüsse abgegeben und es kam zu sehr schweren Verletzungen. Darauf wurde die französische Wache vertrieben. Auch Panzerautomobile wurden eingesetzt und der ganze Platz militärisch besetzt. Trotz der blutigen Ereignisse ging die Menge jedoch nicht auseinander, sondern blieb noch wie vor die angrenzenden Straßen besetzt. Die Bewegung in der Bevölkerung ist auf das Höchste erregt. Der Verkehr der Straßenbahn ruht vollständig. Auch am Hauptbahnhof, wo die Menschenmassen eine drohende Haltung einnehmen, möchten die französischen Wachen vertrieben werden. Dort wurden auch Tote aufgefunden.

Frankfurt a. M., 7. April. (Drahtnachricht.) Nach Mitteilung der Rettungsmänner sind bisher sechs Tote und 75 Verwundete zu verzeichnen. Seit heute vormittag durchziehen farbige französische Patrouillen mit Tanks, Panzern und aufgeschlagenem Balonnet die Straßen. Die Bevölkerung, die sich in großen Massen auf der Straße bewegt, ist äußerst erregt. Das Gerücht über eine Räumung Frankfurts erregt jeder Begründung. Der Telefon- und Telegraphenverkehr wiederholt sich wieder umgekehrt ab.

Protest der Abgeordneten der Mehrheits- parteien Frankfurts.

Frankfurt a. M., 7. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die Abgeordneten der Mehrheitsparteien überreichen dem General-Deputierten ein Protest gegen die Besetzung Frankfurts, in welchem u. a. ausgeführt wird, daß sie zur Rechtsfertigung der Besetzung angeführten Gründe durchaus den Tatsachen widersprechen. Es dürfe kein Zweifel bestehen, daß die Volkstruppen, welche in das Ruhrgebiet eingezogen sind, um Ruhe und Ordnung zu schaffen, aus dem neutralen Teil dieses Gebietes nach Erfüllung ihrer Aufgabe zurückgezogen werden.

Homburg von den Franzosen besetzt.

Halle, Berlin, 7. April. (Drahtnachricht.) Die Agentur Havas meldet aus Mainz: Um Mittwoch morgen 6 Uhr wurde Homburg von den französischen Truppen besetzt.

Die französische Rheinflotte in Hanau.

Kaisersruhe, 7. April. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Frankfurt wird gemeldet: Nach der Besetzung der Stadt Hanau ist gestern abend die französische Rheinflotte in Hanau eingetroffen. Aus Darmstadt wird berichtet, daß gestern abend ein Teil der für Darmstadt bestimmte Besatzungstruppen, deren Gesamtzahl 6000 Mann beträgt, auf Befehl in der Umgebung der Stadt bivouakierte, weil die Quartierfrage nicht geregelt werden konnte.

Millerands Zirkulartelegramm.

Amerikas Stellung gegen die französische Militärpartei.
Paris, 7. April. In einem in verschiedenen Blättern veröffentlichten Zirkulartelegramm Millerands an die Reichsregierungen heißt es:

„Die Situation, die durch die frühere Offensive der deutschen Truppen nach Ruhrgebiet geschaffen worden ist, zwingt die französische Regierung, militärische Maßnahmen werden kann. Diese Maßnahmen haben als einziger Zweck, Beschluß zum Beispiel des Vertrages zurückzuführen. Sie haben lediglich den Charakter des Zwanges und der Notwendigkeit.“

„Ego de Paris“ bringt ein Interview Millerands mit einem Redakteur der United Press, in dem gesagt wird: Wir können es nicht dulden, daß sich eine feindliche Armee vor unseren Toren befindet. Ich denke übrigens, daß die Amerikaner das verstehen werden. Sollte es notwendig werden, Truppen einmarschieren zu lassen, so sollte ich, daß das amerikanische Rheinbündel an dieser Aktion teilnimmt. Da der Frieden von Amerika noch nicht ratifiziert ist, ist dies allerdings gewiß nicht dem verpflichtet. Ich will also auf diesem Punkte nicht bestehen. Deutschland hat die beiden für die Sicherheit Frankreichs wichtigsten Artikel des Vertrages verletzt. Diese Tatsache ist übrigens so wichtig, daß eine Allianz in französisch-englisch-amerikanischen Verhältnissen vorzuziehen ist, die Amerika und England verpflichtet, Frankreich sofort zu Hilfe zu kommen, falls Deutschland Artikel 23 und 24 verletzt. Der Vertrag ist der Ansicht; daß die Handlungsmittel genügt, um seine anderen Bestimmungen noch zu erneuern.“

„Journal“ gibt eine Washingtoner Meldung des „Exchange Telegraph“ wieder, wodurch in Washington es klar wird, daß die Möglichkeit besteht, daß die Vereinigten Staaten an Frankreich eine Note richten, in der sie um Unterstützung bitten, wieweil dieses in Deutschland einzuordnen die Möglichkeit habe, und inwieweit die Gerüchte begründet sind, die Frankreich die Möglichkeit zu schreiben, die Japan zu besetzen, die jetzt von englischen und amerikanischen Truppen besetzt sind, Köln und Koblenz inbegriffen.“

„Andererseits“ sagt der Korrespondent des „Daily Chronicle“ in New York, daß die Drohung Frankreichs, Frankreich und andere Rheinländer zu besetzen, in Washington sehr unangenehm zu beurteilen wird. Man erklärt, daß die Haltung Frankreichs die von Herrn Wilson in einem Brief an Senator Lodge am 1. November 1919, in dem er erklärte, daß die Entscheidung der französischen Truppen in das Ruhrgebiet nicht als Verletzung des Friedensvertrages. Seiner Ansicht nach ist Deutschland durch die Notwendigkeit, die Ordnung aufrechtzuerhalten zu müssen, völlig berechtigt, diese Maßnahmen zu ergreifen. Man versichert, daß die Vereinigten Staaten bereits Deutschland ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit mitgeteilt hätten.

Wieder eine Drohung Frankreichs.

Gegen die Einwohnerwehren.

Berlin, 7. April. Der General-Deputiert hat in seiner Eigenschaft als Präsident der internationalen militärischen Kontrollkommission der deutschen Regierung eine Note überreicht, in der es heißt:
Es ist bemerkt genommen worden von dem Datum des 10. April 1920 für die Auflösung der Reichswehrtruppen.
Was die Einwohnerwehren anbelangt, so legt die internationale Kontrollkommission Wert darauf, die folgenden Punkte zu präzisieren:
Die Einwohnerwehren können, trotzdem sie sich mit dem Charakter als Selbstschutzorganisationen zu unterscheiden versuchen, nicht mehr gestattet werden, welches auch immer ihre Rolle für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sein mag, da ihre Bewaffnung, ihre Eingliederung und Stärke unbestreitbar eine Mobilisation begünstigen, die durch den Friedensvertrag verboten ist, und da die Einwohnerwehren im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 156, 166, 175, 177 und 178 des Friedensvertrages stehen.
Die Note sagt dann weiter, daß der 10. April 1920 als äußerste Grenze für die Auflösung der Besatzung des 1. Dezember 1919 bestimmt ist.

Ein französischer Rechtsfertigungsversuch.

Halle, Berlin, 7. April. (Drahtnachricht.) Die Agentur Havas meldet: Man weiß jetzt in ganz Deutschland, daß die Franzosen gelassen haben, die härtesten Maßnahmen zu ergreifen, wenn der Vertrag von Versailles nicht durchgeführt wird. In Frankreich hat die Entscheidung Millerands einstimmige Billigung gefunden. Hätte der französische Staat diese Vergewaltigung einer Hauptbestimmung des Vertrages gebilligt, so hätte er damit auch sämtliche Garantien und Weidergewinnungen verweigert. Am 10. April läuft der Vertrag vom 9. August 1918 ab, der Deutschland erlaubt, eine gewisse Truppenzahl in der neutralen Zone zu halten. In der Lage also müssen sämtliche deutschen Soldaten diese Zone verlassen haben. Millerand erklärte Herrn Dr. Maier in seinem heutigen Schreiben, daß die Ausführung eines härtesten übermattet werden würde.

Verlängerter Fremdenaufenthalt.

Halle, Berlin, 7. April. Vom 12. April ab erhalten die in Großbritannien ankommenen Fremden Aufenthaltsgenehmigung bis zum Monatsende, mit dieser die einen Monat.

Hindenburg über den U-Boot-Krieg.

Kopenhagen, 6. April.
„Politiken“ beginnt heute mit der Veröffentlichung von Hindenburgs Erinnerungen. Ursprünglich war sie schon vor einer Woche geplant, mußte aber unterbleiben, da die politischen Strömungen in Dänemark, für Erinnerungen keinen Platz ließen. Wir geben aus dem Kapitel über den U-Boot-Krieg folgende Betrachtungen wieder:
Solange unser Friedensschritt nicht völlig festgeschlagen war, wollten wir nicht an den verdrängten U-Boot-Krieg denken. Aber da dieser Friedensschritt scheiterte, gab es für mich nur noch militärische Rückfichten. Die Entwidlung unserer Kriegslage, namentlich in Rumänien, bis Ende Dezember getratete nun nach meiner Überzeugung die weitestmögliche Anwendung dieser wirkungsvollen Waffe. Am 9. Januar trat unser U-Boot-Kriegs-
führer auf Vortrag des Admiralsstabes und Generalstabes, aber entgegen den Bedenken des Reichsflotten v. Bethmann die Entscheidung. Keiner von uns war im Zweifel über die Bedeutung des Schrittes, der nun getan war. Aber auf jeden Fall gab die Anwendung des U-Boot-Krieges mit seinen verlockenden Aussichten dem Heer und dem Völk lange Zeit eine große moralische Stärkung, um den Landkrieg fortzuführen. Mit Rücksicht auf den für uns so schicksalsschweren Ausgang des Krieges hat man gemeint, die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges als ein Babanque-Spiel ansetzen zu müssen. Damit laßt man diesen unseren Beschluß politisch, militärisch und moralisch herabzulehnen. Man überhebt bei dieser Beurteilung, daß alle entscheidenden Beschlüsse nicht nur im Kriege ein großes Risiko enthalten, ja, daß die Größe einer Sandlung hauptsächlich darin liegt und daran gemessen wird, daß ein hoher Einsatz gemacht wird. Wenn ein Feldherr auf dem Schlachtfeld seine letzten Kräfte in den Kampf wirft, tut er nichts anderes, als was sein Vaterland mit Recht von ihm fordert. Er nimmt die völlige Verantwortung auf sich und den der Entscheidung. Ein Führer, der nicht seine letzten Kräfte einsetzen kann oder will, um den Sieg zu erringen, ist ein Verbrecher an seinem Volk. Wenn sein Schicksal gemindert, wird ihm sicherlich die Kaiserin und der Hohn der Soldaten und Feigen treffen. Das ist nun einmal das Los des Soldaten. Ihm würde jede Größe fehlen, er sich nur auf seine Verwundungen zu stützen brauchte, und wenn die Erwerbung des Lorbeers nicht abhängig wäre vom Mute, die Verantwortung auf sich zu nehmen. Es war das Ziel unserer deutschen militärischen Erziehung, diesen Mut zu entwickeln. . .

Der heute veröffentlichte Abschnitt schließt mit folgenden Worten: „Ich will dieses Kapitel nicht beenden, ohne meine Zweifel über die Behauptung auszusprechen, daß unsere Sache durch den Eintritt Amerikas in die Reihe unserer Gegner endgültig verloren gewesen sei. Wir wollen zunächst abwarten, bis wir einen Einblick in die Kräfte bekommen, die wir durch unseren U-Boot-Krieg und durch die zeitweise großen Ergebnisse der Frühjahrsoffensive 1918 bei unseren Gegnern hervorriefen. Dann werden wir vielleicht erfahren, daß wir manches Mal nahe daran waren, den Siegestrang an uns zu reißen, und wir werden vielleicht gar lernen einsehen, daß es ganz andere als gerade militärische Gründe waren, die es für uns unmöglich machten, einen Siegesreichem oder jedenfalls erträglichen Abschluß des Krieges zu erreichen.“

Deutschland bezahlt die Besetzung.

„Deutschland muß vollständig entwaffnet werden.“

Paris, 7. April. Marcel Sutin berichtet im „Ego de Paris“: Millerand hat die Frage, wer den Vorkampf und die Besetzung deutscher Städte bezahlen wird, so folgt beantwortet: Deutschland — das ist selbstverständlich, da dieses aus durch seine Haltung zu dieser Wahnahme zwingt. Die Engländer haben den Deutschen alles genommen, was ihre Sicherheit verlangte. Es ist nur gerecht, daß Frankreich, die ihm seine Sicherheit und die Kohlenlieferungen der Ruhr garantieren. Als ich Millerand fragte, ob die deutsche Regierung sich zu diesem Standpunkte angeschlossen würde, antwortete mir der Ministerpräsident mit einem Nicken, das geeignet war, Optimismus zu erwecken. England ist begeistert, Frankreich auch. Sie werden sehen. Ich habe das Vertrauen, daß alles gut verläuft.
In gleichen Sinn schreibt Charles Bonneton in seiner letzten Nummer: „Ob der Vertrag gut oder schlecht gemacht sei, hat für uns nur noch historisches Interesse. Aber einen Punkt find wir uns einig: Frankreich muß von der Doppel-
deklaration, die es bekräftigt, getrennt werden. Das gibt es nur ein Mittel: Deutschland in Kontrast mit dem Guten oder Bösen zu entwaffnen. Unser nationales Leben steht auf dem Spiel. Wenn Deutschland die Entwaffnung verweigert, muß man Frankfurt und die Ruhr besetzen und unsere Zollgrenze zurücklegen.“

